

Strafprozessordnung: StPO

Graf

5. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-81925-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Graf
Strafprozessordnung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Strafprozess- ordnung

mit Nebengesetzen

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jürgen Graf

Prof. FOM Hochschule Essen/Karlsruhe/Mannheim,
Hon.-Prof. Hochschule Offenburg,
Richter am BGH a.D., Rechtsanwalt

beck-shop.de
5. Auflage 2025
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Graf/Bearbeiter Gesetz § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 81925 4

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlag: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Bearbeiterverzeichnis

Lars Bachler	Vorsitzender Richter am OLG, Düsseldorf
Prof. Dr. Wolfgang Bär	Richter am BGH, Karlsruhe; Honorarprofessor, Universität Jena
Dr. Johannes Berg	Richter am BGH, Karlsruhe
Dr. Stephan Beukelmann	Rechtsanwalt, München
Gabriele Cirener	Vorsitzende Richterin am BGH, Leipzig
Dr. Christoph Coen	Oberstaatsanwalt beim BGH, Karlsruhe
Daniela Conrad-Graf	Richterin am OLG, Karlsruhe
Prof. Dr. Kai Cornelius, LL.M.	Professor, Universität Heidelberg
Alexander El Duwaik	Vorsitzender Richter am LG, Frankfurt a. M.
Dr. Ralf Eschelbach	Richter am BGH, Karlsruhe
Dr. Sabine Ferber	Richterin am OLG, Celle
Dr. Alexander Ganter	Vizepräsident am LG a.D., Mosbach
Prof. Dr. Sönke Florian Gerhold	Professor, Universität Bremen
Dr. Matthias Goers, LL.M.	Vorsitzender Richter am LG, LG Hof
Claudia Gorf	Staatsanwältin beim BGH, Karlsruhe
Prof. Dr. Jürgen Graf	Richter am BGH, Karlsruhe, Honorarprofessor an der Hochschule Offenburg, Lehrbeauftragter an der Universität Würzburg
Mario von Häfen	Richter am BGH, Leipzig
Sigrid Hegmann	Bundesanwältin beim BGH, Karlsruhe
Matthias Huber	Direktor des Amtsgerichts, Lichtenfels
Dieter Inhofer	Leitender Oberstaatsanwalt a.D., Freiburg
Dr. Matthias Krauß	Bundesanwalt beim BGH, Karlsruhe
Prof. Dr. Lucian Krawczyk	Professor, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Hanns Larcher	Rechtsanwalt, Oberstaatsanwalt a.D., Mannheim
Christian Monka	Bundesanwalt beim BGH, Karlsruhe
Dr. Lars Niesler	Direktor des AG, Mosbach
Dr. Jens Peglau	Vorsitzender Richter am OLG, Hamm
Christian Ritscher	Bundesanwalt beim BGH, Karlsruhe; derzeit Special Adviser und Head of the Investigative Team to Promote Accountability for Crimes committed by Daesh/ISIL (UNITAD), Vereinte Nationen
Kai Sackreuther	Oberstaatsanwalt, Mannheim – Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität
Prof. Dr. Tobias Singelstein	Professor, Goethe-Universität Frankfurt a. M.
Dr. Dieter Temming	Honorarprofessor, Universität Osnabrück; Vorsitzender Richter am OLG iR, Oldenburg
Prof. Dr. Brian Valerius	Professor, Universität Passau
Prof. Dr. Bernhard Weiner	Rechtsanwalt, Professor an der Polizeiakademie Niedersachsen a.D., Meppen
Prof. Dr. Jürgen Wessing	Rechtsanwalt, Honorarprofessor, Universität Düsseldorf
Stefan Wiedner	Richter am OLG, Koblenz
Prof. Dr. Petra Wittig	Professorin, Universität München
Theo Ziegler	Leitender Oberstaatsanwalt, Regensburg



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 5. Auflage

Der im Jahr 2008 anlässlich des damaligen Juristentags erstmals erschienene Online-Kommentar zur StPO steht nun mit der inzwischen 5. Auflage erneut auch als aktuelle Printversion für die Nutzer zur Verfügung, sodass er für jedermann auch „Offline“ zur Recherche genutzt werden kann.

Nach der letzten Printauflage 4 des Jahres 2021 befindet sich diese 5. Neuauflage, entsprechend der Fassung der 54. Online-Edition, auf dem Gesetzesstand vom 1. Januar 2025, teilweise werden auch noch etwas später in Kraft getretene Gesetze bereits kommentiert.

Nicht nur die große Nachfrage nach einer erneuten Printversion, sondern auch der Gesetzgeber mit seinen zahlreichen, tiefgreifenden Gesetzesänderungen und -ergänzungen haben es dringend erforderlich gemacht, die Lücke an aktueller Kommentarliteratur zu den Reformgesetzen der Jahre 2020 bis 2022 zu füllen und dem juristischen Nutzer eine gute und topaktuelle, nicht umsonst inzwischen sehr anerkannte Praktikerkommentierung und unter deutschen StPO-Kommentaren am meisten nachgefragte, Kommentierung zur Verfügung zu stellen.

Die Kommentierungen umfassen sämtliche neuen Gesetzesregelungen bis zum Dezember 2024, beginnend mit dem Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche vom 9.3.2021 (BGBl. 2021 I 327), welches grundlegende und die Rechtsprechung stark beeinflussende Änderungen für StPO und StGB brachte, das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität vom 30.3.2021 (BGBl. 2021 I 441), das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4.5.2021 (BGBl. 2021 I 882), das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz vom 23.6.2021 (BGBl. 2021 I 1853), das ebenfalls erhebliche Neuerungen umfassende Gesetz zur Fortentwicklung der StPO und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25.6.2021 (BGBl. 2021 I 2099), das Gesetz zur Änderung des StGB – Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten, Strafbarkeit der Verbreitung und des Besizes von Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern und Verbesserung der Bekämpfung von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen vom 14.9.2021 (BGBl. 2021 I 4250), das Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Erziehungsanstalt vom 26.7.2023 (BGBl. 2021 I Nr. 203), das Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Justiz vom 12.7.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) sowie das Gesetz zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts vom 30.7.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 255) wurden berücksichtigt und in die Kommentierungen aufgenommen. Die weiteren Änderungen bitte ich den Hinweisen bei den einzelnen Vorschriften zu entnehmen.

Natürlich wurden auch alle anderen Kommentierungen, welche von Gesetzesänderungen nicht betroffen waren, einer grundlegenden Durchsicht unterworfen und an die Entwicklungen in Rechtsprechung und Wissenschaft angepasst; teilweise wurden einzelne Kommentierungen auch völlig neugefasst. Daher ist es fast überflüssig zu erwähnen, dass natürlich auch alle neuen relevanten Entscheidungen von Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof und den Instanzgerichten in die Kommentierungen eingeflossen sind.

Leider war es nicht immer zu vermeiden, ja sogar teilweise dringend notwendig, die Randnummern teilweise neu zu vergeben, weil Kommentierungen mit zahlreichen Änderungen teilweise inzwischen Randnummern mit umfangreichen Hilfsnummerierungen aufgewiesen haben, welche ein Zitieren und Nachverfolgen mehr als schwierig machten. Überwiegend haben wir aber die bisherigen Nummerierungen natürlich beibehalten.

Hilfe beim Recherchieren bieten auch umfangreiche Gliederungen zu den größeren

Vorschriften sowie ein vorzügliches Sachverzeichnis, welches das Auffinden von entsprechenden Suchbegriffen erleichtert.

Als Herausgeber danke ich erneut meinen langjährigen Autoren für die stets pünktlich geleistete Arbeit bei den regelmäßigen Updates und die nunmehr wieder vorgenommene Enddurchsicht für die Printausgabe; dies gilt aber auch besonders für die inzwischen erfolgten Verstärkungen im Autorenteam sowie einigen wenigen ausgeschiedenen Autoren.

Karlsruhe, im Januar 2025

Prof. Dr. Jürgen Graf



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort zur 5. Auflage	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII

Strafprozeßordnung (StPO)

Erstes Buch. Allgemeine Vorschriften

Erster Abschnitt. Sachliche Zuständigkeit der Gerichte

§ 1	Anwendbarkeit des Gerichtsverfassungsgesetzes	1
§ 2	Verbindung und Trennung von Strafsachen	2
§ 3	Begriff des Zusammenhanges	4
§ 4	Verbindung und Trennung rechtshängiger Strafsachen	5
§ 5	Maßgebendes Verfahren	10
§ 6	Prüfung der sachlichen Zuständigkeit	10
§ 6a	Zuständigkeit besonderer Strafkammern	11

Zweiter Abschnitt. Gerichtsstand

§ 7	Gerichtsstand des Tatortes	12
§ 8	Gerichtsstand des Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes	14
§ 9	Gerichtsstand des Ergreifungsortes	15
§ 10	Gerichtsstand bei Auslandstaten auf Schiffen oder in Luftfahrzeugen	15
§ 10a	Gerichtsstand bei Auslandstaten im Bereich des Meeres	16
§ 11	Gerichtsstand bei Auslandstaten extrritorialer Deutscher und deutscher Beamter	16
§ 11a	Gerichtsstand bei Auslandstaten von Soldaten in besonderer Auslandsverwendung	17
§ 12	Zusammentreffen mehrerer Gerichtsstände	18
§ 13	Gerichtsstand bei zusammenhängenden Strafsachen	20
§ 13a	Zuständigkeitsbestimmung durch den Bundesgerichtshof	21
§ 14	Zuständigkeitsbestimmung durch das gemeinschaftliche obere Gericht	23
§ 15	Gerichtsstand kraft Übertragung bei Hinderung des zuständigen Gerichts	24
§ 16	Prüfung der örtlichen Zuständigkeit; Einwand der Unzuständigkeit	25
§§ 17, 18	(weggefallen)	28
§ 19	Zuständigkeitsbestimmung bei Zuständigkeitsstreit	28
§ 20	Untersuchungshandlungen eines unzuständigen Gerichts	28
§ 21	Befugnisse bei Gefahr im Verzug	29

Dritter Abschnitt. Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen

§ 22	Ausschließung von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes	29
§ 23	Ausschließung eines Richters wegen Mitwirkung an der angefochtenen Entscheidung	39
§ 24	Ablehnung eines Richters; Besorgnis der Befangenheit	42
§ 25	Ablehnungszeitpunkt	64
§ 26	Ablehnungsverfahren	68
§ 26a	Verwerfung eines unzulässigen Ablehnungsantrags	71
§ 27	Entscheidung über einen zulässigen Ablehnungsantrag	76
§ 28	Rechtsmittel	79
§ 29	Verfahren nach Ablehnung eines Richters	84
§ 30	Ablehnung eines Richters bei Selbstanzeige und von Amts wegen	87
§ 31	Schöffen, Urkundsbeamte	90

Vierter Abschnitt. Aktenführung und Kommunikation im Verfahren

§ 32	Elektronische Aktenführung; Verordnungsmächtigungen	92
§ 32a	Elektronischer Rechtsverkehr mit Strafverfolgungsbehörden und Gerichten; Verordnungsmächtigungen	96

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 32b Erstellung und Übermittlung strafverfolgungsbehördlicher und gerichtlicher elektronischer Dokumente; Verordnungsermächtigung	104
§ 32c Elektronische Formulare; Verordnungsermächtigung	108
§ 32d Pflicht zur elektronischen Übermittlung	109
§ 32e Übertragung von Dokumenten zu Aktenführungszwecken	111
§ 32f Form der Gewährung von Akteneinsicht; Verordnungsermächtigung	114
Abschnitt 4a. Gerichtliche Entscheidungen	
§ 33 Gewährung rechtlichen Gehörs vor einer Entscheidung	119
§ 33a Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Nichtgewährung rechtlichen Gehörs ..	123
§ 34 Begründung anfechtbarer und ablehnender Entscheidungen	127
§ 34a Eintritt der Rechtskraft bei Verwerfung eines Rechtsmittels durch Beschluss	129
§ 35 Bekanntmachung	130
§ 35a Rechtsmittelbelehrung	133
Abschnitt 4b. Verfahren bei Zustellungen	
§ 36 Zustellung und Vollstreckung	136
§ 37 Zustellungsverfahren	138
§ 38 Unmittelbare Ladung	152
§ 39 (weggefallen)	152
§ 40 Öffentliche Zustellung	152
§ 41 Zustellungen an die Staatsanwaltschaft	156
§ 41a aufgehoben	158
Fünfter Abschnitt. Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	
§ 42 Berechnung von Tagesfristen	159
§ 43 Berechnung von Wochen- und Monatsfristen	163
§ 44 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Fristversäumung	164
§ 45 Anforderungen an einen Wiedereinsetzungsantrag	180
§ 46 Zuständigkeit; Rechtsmittel	185
§ 47 Keine Vollstreckungshemmung	187
Sechster Abschnitt. Zeugen	
§ 48 Zeugenpflichten; Ladung	188
§ 48a Besonders schutzbedürftige Zeugen; Beschleunigungsgebot	190
§ 49 Vernehmung des Bundespräsidenten	191
§ 50 Vernehmung von Abgeordneten und Mitgliedern einer Regierung	191
§ 51 Folgen des Ausbleibens eines Zeugen	192
§ 52 Zeugnisverweigerungsrecht der Angehörigen des Beschuldigten	197
§ 53 Zeugnisverweigerungsrecht der Berufsheimnisträger	205
§ 53a Zeugnisverweigerungsrecht der mitwirkenden Personen	214
§ 54 Aussagegenehmigung für Angehörige des öffentlichen Dienstes	216
§ 55 Auskunftsverweigerungsrecht	221
§ 56 Glaubhaftmachung des Verweigerungsgrundes	224
§ 57 Belehrung	224
§ 58 Vernehmung; Gegenüberstellung	226
§ 58a Aufzeichnung der Vernehmung in Bild und Ton	229
§ 58b Vernehmung im Wege der Bild- und Tonübertragung	233
§ 59 Vereidigung	233
§ 60 Vereidigungsverbote	235
§ 61 Recht zur Eidesverweigerung	239
§ 62 Vereidigung im vorbereitenden Verfahren	240
§ 63 Vereidigung bei Vernehmung durch den beauftragten oder ersuchten Richter	241
§ 64 Eidesformel	241
§ 65 Eidesgleiche Bekräftigung der Wahrheit von Aussagen	242
§ 66 Eidesleistung bei Hör- und Sprachbehinderung	243
§§ 66a bis 66e aufgehoben	244
§ 67 Berufung auf einen früheren Eid	244

	Seite
§ 68 Vernehmung zur Person; Beschränkung von Angaben, Zeugenschutz	246
§ 68a Beschränkung des Fragerechts aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes	249
§ 68b Zeugenbeistand	251
§ 69 Vernehmung zur Sache	254
§ 70 Folgen unberechtigter Zeugnis- oder Eidesverweigerung	256
§ 71 Zeugenentschädigung	259

Siebter Abschnitt. Sachverständige und Augenschein

§ 72 Anwendung der Vorschriften über Zeugen auf Sachverständige	259
§ 73 Auswahl des Sachverständigen	260
§ 74 Ablehnung des Sachverständigen	261
§ 75 Pflicht des Sachverständigen zur Erstattung des Gutachtens	264
§ 76 Gutachtenverweigerungsrecht des Sachverständigen	265
§ 77 Ausbleiben oder unberechtigte Gutachtenverweigerung des Sachverständigen	266
§ 78 Richterliche Leitung der Tätigkeit des Sachverständigen	267
§ 79 Vereidigung des Sachverständigen	268
§ 80 Vorbereitung des Gutachtens durch weitere Aufklärung	269
§ 80a Vorbereitung des Gutachtens im Vorverfahren	270
§ 81 Unterbringung des Beschuldigten zur Vorbereitung eines Gutachtens	270
§ 81a Körperliche Untersuchung des Beschuldigten; Zulässigkeit körperlicher Eingriffe	273
§ 81b Erkennungsdienstliche Maßnahmen bei dem Beschuldigten	285
§ 81c Untersuchung anderer Personen	296
§ 81d Durchführung körperlicher Untersuchungen durch Personen gleichen Geschlechts	301
§ 81e Molekulargenetische Untersuchung	302
§ 81f Verfahren bei der molekulargenetischen Untersuchung	306
§ 81g DNA-Identitätsfeststellung	309
§ 81h DNA-Reihenuntersuchung	316
§ 82 Form der Erstattung eines Gutachtens im Vorverfahren	319
§ 83 Anordnung einer neuen Begutachtung	320
§ 84 Sachverständigenvergütung	321
§ 85 Sachverständige Zeugen	322
§ 86 Richterlicher Augenschein	325
§ 87 Leichenschau, Leichenöffnung, Ausgrabung der Leiche	327
§ 88 Identifizierung des Verstorbenen vor Leichenöffnung	331
§ 89 Umfang der Leichenöffnung	331
§ 90 Öffnung der Leiche eines Neugeborenen	332
§ 91 Untersuchung der Leiche bei Verdacht einer Vergiftung	333
§ 92 Gutachten bei Verdacht einer Geld- oder Wertzeichenfälschung	334
§ 93 Schriftgutachten	335

Achter Abschnitt. Ermittlungsmaßnahmen

§ 94 Sicherstellung und Beschlagnahme von Gegenständen zu Beweis Zwecken	342
§ 95 Herausgabepflicht	351
§ 95a Zurückstellung der Benachrichtigung des Beschuldigten; Offenbarungsverbot	355
§ 96 Amtlich verwahrte Schriftstücke	361
§ 97 Beschlagnahmeverbot	368
§ 98 Verfahren bei der Beschlagnahme	381
§ 98a Rasterfahndung	388
§ 98b Verfahren bei der Rasterfahndung	395
§ 98c Maschinelles Abgleich mit vorhandenen Daten	398
§ 99 Postbeschlagnahme und Auskunftsverlangen	400
§ 100 Verfahren bei der Postbeschlagnahme und Auskunftsverlangen	408
§ 100a Telekommunikationsüberwachung	412
§ 100b Online-Durchsuchung	480
§ 100c Akustische Wohnraumüberwachung	495
§ 100d Kernbereich privater Lebensgestaltung; Zeugnisverweigerungs berechtigte	498
§ 100e Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 100a bis 100c	504
§ 100f Akustische Überwachung außerhalb von Wohnraum	514

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 100g Erhebung von Verkehrsdaten	519
§ 100h Weitere Maßnahmen außerhalb von Wohnraum	550
§ 100i Technische Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten	555
§ 100j Bestandsdatenauskunft	558
§ 100k Erhebung von Nutzungsdaten bei digitalen Diensten	567
§ 101 Verfahrensregelungen bei verdeckten Maßnahmen	580
§ 101a Gerichtliche Entscheidung; Datenkennzeichnung und -auswertung; Benachrichtigungspflichten bei Verkehrs- und Nutzungsdaten	592
§ 101b Statistische Erfassung; Berichtspflichten	604
§ 102 Durchsuchung bei Beschuldigten	610
§ 103 Durchsuchung bei anderen Personen	616
§ 104 Durchsuchung von Räumen zur Nachtzeit	619
§ 105 Verfahren bei der Durchsuchung	621
§ 106 Hinzuziehung des Inhabers eines Durchsuchungsobjekts	630
§ 107 Durchsuchungsbescheinigung; Beschlagnahmeverzeichnis	632
§ 108 Beschlagnahme anderer Gegenstände	633
§ 109 Kenntlichmachung beschlagnahmter Gegenstände	635
§ 110 Durchsicht von Papieren und elektronischen Speichermedien	635
§ 110a Verdeckter Ermittler	640
§ 110b Verfahren beim Einsatz eines Verdeckten Ermittlers	643
§ 110c Befugnisse des Verdeckten Ermittlers	646
§ 110d Besonderes Verfahren bei Einsätzen zur Ermittlung von Straftaten nach den §§ 176e und 184b des Strafgesetzbuches	650
§ 110e aufgehoben	652
§ 111 Errichtung von Kontrollstellen an öffentlich zugänglichen Orten	652
§ 111a Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	655
§ 111b Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung oder Unbrauchbarmachung	659
§ 111c Vollziehung der Beschlagnahme	662
§ 111d Wirkung der Vollziehung der Beschlagnahme; Rückgabe beweglicher Sachen	664
§ 111e Vermögensarrest zur Sicherung der Wertersatzeinziehung	665
§ 111f Vollziehung des Vermögensarrestes	670
§ 111g Aufhebung der Vollziehung des Vermögensarrestes	671
§ 111h Wirkung der Vollziehung des Vermögensarrestes	672
§ 111i Insolvenzverfahren	673
§ 111j Verfahren bei der Anordnung der Beschlagnahme und des Vermögensarrestes	678
§ 111k Verfahren bei der Vollziehung der Beschlagnahme und des Vermögensarrestes	680
§ 111l Mitteilungen	682
§ 111m Verwaltung beschlagnahmter oder gepfändeter Gegenstände	683
§ 111n Herausgabe beweglicher Sachen	684
§ 111o Verfahren bei der Herausgabe	687
§ 111p Notveräußerung	687
§ 111q Beschlagnahme von Verkörperungen eines Inhalts und Vorrichtungen	690

Neunter Abschnitt. Verhaftung und vorläufige Festnahme

§ 112 Voraussetzungen der Untersuchungshaft; Haftgründe	693
§ 112a Haftgrund der Wiederholungsgefahr	718
§ 113 Untersuchungshaft bei leichteren Taten	725
§ 114 Haftbefehl	725
§ 114a Aushändigung des Haftbefehls; Übersetzung	730
§ 114b Belehrung des verhafteten Beschuldigten	731
§ 114c Benachrichtigung von Angehörigen	740
§ 114d Mitteilungen an die Vollzugsanstalt	742
§ 114e Übermittlung von Erkenntnissen durch die Vollzugsanstalt	744
§ 115 Vorführung vor den zuständigen Richter	745
§ 115a Vorführung vor den Richter des nächsten Amtsgerichts	751
§ 116 Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls	753
§ 116a Aussetzung gegen Sicherheitsleistung	761
§ 116b Verhältnis von Untersuchungshaft zu anderen freiheitsentziehenden Maßnahmen	763
§ 117 Haftprüfung	765

	Seite
§ 118 Verfahren bei der Haftprüfung	772
§ 118a Mündliche Verhandlung bei der Haftprüfung	774
§ 118b Anwendung von Rechtsmittelvorschriften	776
§ 119 Haftgrundbezogene Beschränkungen während der Untersuchungshaft	776
§ 119a Gerichtliche Entscheidung über eine Maßnahme der Vollzugsbehörde	804
§ 120 Aufhebung des Haftbefehls	808
§ 121 Fortdauer der Untersuchungshaft über sechs Monate	826
§ 122 Besondere Haftprüfung durch das Oberlandesgericht	838
§ 122a Höchstdauer der Untersuchungshaft bei Wiederholungsgefahr	845
§ 123 Aufhebung der Vollzugsaussetzung dienender Maßnahmen	845
§ 124 Verfall der geleisteten Sicherheit	847
§ 125 Zuständigkeit für Erlass des Haftbefehls	849
§ 126 Zuständigkeit für weitere gerichtliche Entscheidungen	852
§ 126a Einstweilige Unterbringung	858
§ 127 Vorläufige Festnahme	864
§ 127a Absehen von der Anordnung oder Aufrechterhaltung der vorläufigen Festnahme ..	868
§ 127b Vorläufige Festnahme und Haftbefehl bei beschleunigtem Verfahren	869
§ 128 Vorführung bei vorläufiger Festnahme	872
§ 129 Vorführung bei vorläufiger Festnahme nach Anklageerhebung	874
§ 130 Haftbefehl vor Stellung eines Strafantrags	875

Abschnitt 9a. Weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der Strafverfolgung und Strafvollstreckung

§ 131 Ausschreibung zur Festnahme	876
§ 131a Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung	878
§ 131b Veröffentlichung von Abbildungen des Beschuldigten oder Zeugen	879
§ 131c Anordnung und Bestätigung von Fahndungsmaßnahmen	880
§ 132 Sicherheitsleistung, Zustellungsbevollmächtigter	881

Abschnitt 9b. Vorläufiges Berufsverbot

§ 132a Anordnung und Aufhebung eines vorläufigen Berufsverbots	884
--	-----

Zehnter Abschnitt. Vernehmung des Beschuldigten

§ 133 Ladung	885
§ 134 Vorführung	886
§ 135 Sofortige Vernehmung	887
§ 136 Vernehmung	888
§ 136a Verbotene Vernehmungsmethoden; Beweisverwertungsverbote	895

Elfter Abschnitt. Verteidigung

§ 137 Recht des Beschuldigten auf Hinzuziehung eines Verteidigers	902
§ 138 Wahlverteidiger	910
§ 138a Ausschließung des Verteidigers	915
§ 138b Ausschließung bei Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland	920
§ 138c Zuständigkeit für die Ausschließungsentscheidung	921
§ 138d Verfahren bei Ausschließung des Verteidigers	924
§ 139 Übertragung der Verteidigung auf einen Referendar	926
§ 140 Notwendige Verteidigung	927
§ 141 Zeitpunkt der Bestellung eines Pflichtverteidigers	942
§ 141a Vernehmungen und Gegenüberstellungen vor der Bestellung eines Pflichtverteidigers	949
§ 142 Zuständigkeit und Bestellungsverfahren	952
§ 143 Dauer und Aufhebung der Bestellung	965
§ 143a Verteidigerwechsel	968
§ 144 Zusätzliche Pflichtverteidiger	978
§ 145 Ausbleiben oder Weigerung des Pflichtverteidigers	982
§ 145a Zustellungen an den Verteidiger	987
§ 146 Verbot der Mehrfachverteidigung	991

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 146a Zurückweisung eines Wahlverteidigers	994
§ 147 Akteneinsichtsrecht, Besichtigungsrecht; Auskunftsrecht des Beschuldigten	995
§ 148 Kommunikation des Beschuldigten mit dem Verteidiger	1010
§ 148a Durchführung von Überwachungsmaßnahmen	1017
§ 149 Zulassung von Beiständen	1019
§ 150 (weggefallen)	1020

Zweites Buch. Verfahren im ersten Rechtszug

Erster Abschnitt. Öffentliche Klage

§ 151 Anklagegrundsatz	1021
§ 152 Anklagebehörde; Legalitätsgrundsatz	1021
§ 152a Landesgesetzliche Vorschriften über die Strafverfolgung von Abgeordneten	1023
§ 153 Absehen von Verfolgung wegen Geringfügigkeit	1024
§ 153a Absehen von der Verfolgung unter Auflagen und Weisungen	1030
§ 153b Absehen von der Verfolgung bei möglichem Absehen von Strafe	1041
§ 153c Absehen von der Verfolgung bei Auslandstaten	1042
§ 153d Absehen von der Verfolgung bei Staatsschutzdelikten wegen überwiegender öffentlicher Interessen	1045
§ 153e Absehen von der Verfolgung bei Staatsschutzdelikten wegen tätiger Reue	1045
§ 153f Absehen von der Verfolgung bei Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch	1046
§ 154 Teileinstellung bei mehreren Taten	1048
§ 154a Beschränkung der Verfolgung	1053
§ 154b Absehen von der Verfolgung bei Auslieferung und Ausweisung	1055
§ 154c Absehen von der Verfolgung des Opfers einer Nötigung oder Erpressung	1057
§ 154d Verfolgung bei zivil- oder verwaltungsrechtlicher Vorfrage	1058
§ 154e Absehen von der Verfolgung bei falscher Verdächtigung oder Beleidigung	1059
§ 154f Einstellung des Verfahrens bei vorübergehenden Hindernissen	1060
§ 155 Umfang der gerichtlichen Untersuchung und Entscheidung	1061
§ 155a Täter-Opfer-Ausgleich	1061
§ 155b Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs	1062
§ 156 Anklagerücknahme	1064
§ 157 Bezeichnung als Angeschuldigter oder Angeklagter	1065

Zweiter Abschnitt. Vorbereitung der öffentlichen Klage

§ 158 Strafanzeige; Strafantrag	1065
§ 159 Anzeigepflicht bei Leichenfund und Verdacht auf unnatürlichen Tod	1077
§ 160 Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung	1081
§ 160a Maßnahmen bei zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsheimnisträgern	1087
§ 160b Erörterung des Verfahrensstands mit den Verfahrensbeteiligten	1094
§ 161 Allgemeine Ermittlungsbefugnis der Staatsanwaltschaft	1096
§ 161a Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen durch die Staatsanwaltschaft	1101
§ 162 Ermittlungsrichter	1104
§ 163 Aufgaben der Polizei im Ermittlungsverfahren	1109
§ 163a Vernehmung des Beschuldigten	1116
§ 163b Maßnahmen zur Identitätsfeststellung	1122
§ 163c Freiheitsentziehung zur Identitätsfeststellung	1125
§ 163d Speicherung und Abgleich von Daten aus Kontrollen	1128
§ 163e Ausschreibung zur Beobachtung bei polizeilichen Kontrollen	1131
§ 163f Längerfristige Observation	1134
§ 163g Automatische Kennzeichenerfassung	1137
§ 164 Festnahme von Störern	1139
§ 165 Richterliche Untersuchungshandlungen bei Gefahr im Verzug	1142
§ 166 Beweisanträge des Beschuldigten bei richterlichen Vernehmungen	1144
§ 167 Weitere Verfügung der Staatsanwaltschaft	1146
§ 168 Protokoll über richterliche Untersuchungshandlungen	1146
§ 168a Art der Protokollierung; Aufzeichnungen	1149
§ 168b Protokoll über ermittelungsbehördliche Untersuchungshandlungen	1155
§ 168c Anwesenheitsrecht bei richterlichen Vernehmungen	1158

	Seite
§ 168d Anwesenheitsrecht bei Einnahme eines richterlichen Augenscheins	1161
§ 168e Vernehmung von Zeugen getrennt von Anwesenheitsberechtigten	1162
§ 169 Ermittlungsrichter des Oberlandesgerichts und des Bundesgerichtshofes	1163
§ 169a Vermerk über den Abschluss der Ermittlungen	1165
§ 170 Entscheidung über eine Anklageerhebung	1167
§ 171 Einstellungsbescheid	1173
§ 172 Beschwerde des Verletzten; Klageerzwingungsverfahren	1176
§ 173 Verfahren des Gerichts nach Antragstellung	1184
§ 174 Verwerfung des Antrags	1186
§ 175 Anordnung der Anklageerhebung	1188
§ 176 Sicherheitsleistung durch den Antragsteller	1190
§ 177 Kosten	1191

Dritter Abschnitt. (weggefallen)

§§ 178 bis 197 (weggefallen)	1193
------------------------------------	------

Vierter Abschnitt. Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens

§ 198 (weggefallen)	1193
§ 199 Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens	1193
§ 200 Inhalt der Anklageschrift	1195
§ 201 Übermittlung der Anklageschrift	1203
§ 202 Anordnung ergänzender Beweiserhebungen	1207
§ 202a Erörterung des Verfahrensstands mit den Verfahrensbeteiligten	1209
§ 203 Eröffnungsbeschluss	1213
§ 204 Nichteröffnungsbeschluss	1217
§ 205 Einstellung des Verfahrens bei vorübergehenden Hindernissen	1219
§ 206 Keine Bindung an Anträge	1221
§ 206a Einstellung des Verfahrens bei Verfahrenshindernis	1222
§ 206b Einstellung des Verfahrens wegen Gesetzesänderung	1226
§ 207 Inhalt des Eröffnungsbeschlusses	1227
§ 208 (weggefallen)	1232
§ 209 Eröffnungszuständigkeit	1232
§ 209a Besondere funktionelle Zuständigkeiten	1235
§ 210 Rechtsmittel gegen den Eröffnungs- oder Ablehnungsbeschluss	1237
§ 211 Wiederaufnahme nach Ablehnungsbeschluss	1241

Fünfter Abschnitt. Vorbereitung der Hauptverhandlung

§ 212 Erörterung des Verfahrensstandes mit den Verfahrensbeteiligten	1243
§ 213 Bestimmung eines Termins zur Hauptverhandlung	1244
§ 214 Ladungen durch den Vorsitzenden; Herbeischaffung der Beweismittel	1248
§ 215 Zustellung des Eröffnungsbeschlusses	1251
§ 216 Ladung des Angeklagten	1252
§ 217 Ladungsfrist	1255
§ 218 Ladung des Verteidigers	1257
§ 219 Beweisangebote des Angeklagten	1261
§ 220 Unmittelbare Ladung durch den Angeklagten	1263
§ 221 Herbeischaffung von Beweismitteln von Amts wegen	1266
§ 222 Namhaftmachung von Zeugen und Sachverständigen	1267
§ 222a Mitteilung der Besetzung des Gerichts	1269
§ 222b Besetzungseinwand	1273
§ 223 Vernehmungen durch beauftragte oder ersuchte Richter	1279
§ 224 Benachrichtigung der Beteiligten über den Termin	1283
§ 225 Einnahme des richterlichen Augenscheins durch beauftragte oder ersuchte Richter	1286
§ 225a Zuständigkeitsänderung vor der Hauptverhandlung	1287

Sechster Abschnitt. Hauptverhandlung

§ 226 Ununterbrochene Gegenwart	1292
---------------------------------------	------

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 227 Mehrere Staatsanwälte und Verteidiger	1294
§ 228 Aussetzung und Unterbrechung	1295
§ 229 Höchstdauer einer Unterbrechung	1299
§ 230 Ausbleiben des Angeklagten	1306
§ 231 Anwesenheitspflicht des Angeklagten	1310
§ 231a Herbeiführung der Verhandlungsunfähigkeit durch den Angeklagten	1314
§ 231b Fortsetzung nach Entfernung des Angeklagten zur Aufrechterhaltung der Ordnung	1319
§ 231c Beurlaubung einzelner Angeklagter und ihrer Pflichtverteidiger	1321
§ 232 Durchführung der Hauptverhandlung trotz Ausbleibens des Angeklagten	1324
§ 233 Entbindung des Angeklagten von der Pflicht zum Erscheinen	1327
§ 234 Vertretung des abwesenden Angeklagten	1331
§ 234a Befugnisse des Verteidigers bei Vertretung des abwesenden Angeklagten	1333
§ 235 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Verhandlung ohne den Angeklagten ..	1334
§ 236 Anordnung des persönlichen Erscheinens des Angeklagten	1336
§ 237 Verbindung mehrerer Strafsachen	1337
§ 238 Verhandlungsleitung	1339
§ 239 Kreuzverhör	1343
§ 240 Fragerecht	1345
§ 241 Zurückweisung von Fragen durch den Vorsitzenden	1347
§ 241a Vernehmung minderjähriger Zeugen durch den Vorsitzenden	1350
§ 242 Entscheidung über die Zulässigkeit von Fragen	1352
§ 243 Gang der Hauptverhandlung	1352
§ 244 Beweisaufnahme; Untersuchungsgrundsatz; Ablehnung von Beweisanträgen	1365
§ 245 Umfang der Beweisaufnahme; präsente Beweismittel	1410
§ 246 Ablehnung von Beweisanträgen wegen Verspätung	1415
§ 246a Vernehmung eines Sachverständigen vor Entscheidung über eine Unterbringung ..	1416
§ 247 Entfernung des Angeklagten bei Vernehmung von Mitangeklagten und Zeugen ..	1422
§ 247a Anordnung einer audiovisuellen Vernehmung von Zeugen	1430
§ 248 Entlassung der Zeugen und Sachverständigen	1437
§ 249 Führung des Urkundenbeweises durch Verlesung; Selbstleseverfahren	1438
§ 250 Grundsatz der persönlichen Vernehmung	1446
§ 251 Urkundenbeweis durch Verlesung von Protokollen	1450
§ 252 Verbot der Protokollverlesung nach Zeugnisverweigerung	1458
§ 253 Protokollverlesung zur Gedächtnisunterstützung	1464
§ 254 Verlesung eines richterlichen Protokolls bei Geständnis oder Widersprüchen	1465
§ 255 Protokollierung der Verlesung	1467
§ 255a Vorführung einer aufgezeichneten Zeugenvernehmung	1467
§ 256 Verlesung der Erklärungen von Behörden und Sachverständigen	1474
§ 257 Befragung des Angeklagten und Erklärungsrechte nach einer Beweiserhebung	1478
§ 257a Form von Anträgen und Anregungen zu Verfahrensfragen	1489
§ 257b Erörterung des Verfahrensstands mit den Verfahrensbeteiligten	1493
§ 257c Verständigung zwischen Gericht und Verfahrensbeteiligten	1504
§ 258 Schlussvorträge; Recht des letzten Wortes	1574
§ 259 Dolmetscher	1584
§ 260 Urteil	1586
§ 261 Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung	1597
§ 262 Entscheidung zivilrechtlicher Vorfragen	1672
§ 263 Abstimmung	1675
§ 264 Gegenstand des Urteils	1678
§ 265 Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes oder der Sachlage	1686
§ 265a Befragung des Angeklagten vor Erteilung von Auflagen oder Weisungen	1715
§ 266 Nachtragsanklage	1716
§ 267 Urteilsgründe	1724
§ 268 Urteilsverkündung	1744
§ 268a Aussetzung der Vollstreckung von Strafen oder Maßregeln zur Bewährung	1749
§ 268b Beschluss über die Fortdauer der Untersuchungshaft	1753
§ 268c Belehrung bei Anordnung eines Fahrverbots	1755
§ 268d Belehrung bei vorbehaltener Sicherungsverwahrung	1757

	Seite
§ 269 Verbot der Verweisung bei Zuständigkeit eines Gerichts niederer Ordnung	1758
§ 270 Verweisung bei Zuständigkeit eines Gerichts höherer Ordnung	1760
§ 271 Hauptverhandlungsprotokoll	1766
§ 272 Inhalt des Hauptverhandlungsprotokolls	1774
§ 273 Beurkundung der Hauptverhandlung	1775
§ 274 Beweiskraft des Protokolls	1786
§ 275 Absetzungsfrist und Form des Urteils	1793

Siebter Abschnitt. Entscheidung über die im Urteil vorbehaltene oder die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung

§ 275a Einleitung des Verfahrens; Hauptverhandlung; Unterbringungsbefehl	1803
--	------

Achter Abschnitt. Verfahren gegen Abwesende

§ 276 Begriff der Abwesenheit	1812
§§ 277 bis 284 (weggefallen)	1813
§ 285 Beweissicherungszweck	1813
§ 286 Vertretung von Abwesenden	1813
§ 287 Benachrichtigung des Abwesenden	1813
§ 288 Öffentliche Aufforderung zum Erscheinen oder zur Aufenthaltsortsanzeige	1814
§ 289 Beweisaufnahme durch beauftragte oder ersuchte Richter	1814
§ 290 Vermögensbeschlagnahme	1814
§ 291 Bekanntmachung der Beschlagnahme	1815
§ 292 Wirkung der Bekanntmachung	1815
§ 293 Aufhebung der Beschlagnahme	1816
§ 294 Verfahren nach Anklageerhebung	1816
§ 295 Sicheres Geleit	1816

Drittes Buch. Rechtsmittel

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften

§ 296 Rechtsmittelberechtigte	1818
§ 297 Einlegung durch den Verteidiger	1824
§ 298 Einlegung durch den gesetzlichen Vertreter	1826
§ 299 Abgabe von Erklärungen bei Freiheitsentzug	1827
§ 300 Falschbezeichnung eines zulässigen Rechtsmittels	1828
§ 301 Wirkung eines Rechtsmittels der Staatsanwaltschaft	1829
§ 302 Zurücknahme und Verzicht	1831
§ 303 Zustimmungserfordernis bei Zurücknahme	1842

Zweiter Abschnitt. Beschwerde

§ 304 Zulässigkeit	1844
§ 305 Nicht der Beschwerde unterliegende Entscheidungen	1851
§ 305a Beschwerde gegen Strafaussetzungsbeschluss	1855
§ 306 Einlegung; Abhilfeverfahren	1856
§ 307 Keine Vollzugshemmung	1859
§ 308 Befugnisse des Beschwerdegerichts	1860
§ 309 Entscheidung	1862
§ 310 Weitere Beschwerde	1866
§ 311 Sofortige Beschwerde	1869
§ 311a Nachträgliche Anhörung des Gegners	1870

Dritter Abschnitt. Berufung

§ 312 Zulässigkeit	1871
§ 313 Annahmoberufung bei geringen Geldstrafen und Geldbußen	1877
§ 314 Form und Frist	1882
§ 315 Berufung und Wiedereinsetzungsantrag	1888
§ 316 Hemmung der Rechtskraft	1890
§ 317 Berufungsbegründung	1892
§ 318 Berufungsbeschränkung	1894

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 319 Verspätete Einlegung	1906
§ 320 Aktenübermittlung an die Staatsanwaltschaft	1910
§ 321 Aktenübermittlung an das Berufungsgericht	1912
§ 322 Verwerfung ohne Hauptverhandlung	1915
§ 322a Entscheidung über die Annahme der Berufung	1919
§ 323 Vorbereitung der Berufungshauptverhandlung	1923
§ 324 Gang der Berufungshauptverhandlung	1927
§ 325 Verlesung von Urkunden	1932
§ 326 Schlussvorträge	1936
§ 327 Umfang der Urteilsprüfung	1937
§ 328 Inhalt des Berufungsurteils	1939
§ 329 Ausbleiben des Angeklagten; Vertretung in der Berufungshauptverhandlung	1947
§ 330 Maßnahmen bei Berufung des gesetzlichen Vertreters	1967
§ 331 Verbot der Verschlechterung	1969
§ 332 Anwendbarkeit der Vorschriften über die erstinstanzliche Hauptverhandlung	1979

Vierter Abschnitt. Revision

§ 333 Zulässigkeit	1980
§ 334 (weggefallen)	1986
§ 335 Sprungrevision	1986
§ 336 Überprüfung der dem Urteil vorausgegangenen Entscheidungen	1995
§ 337 Revisionsgründe	1999
§ 338 Absolute Revisionsgründe	2070
§ 339 Rechtsnormen zugunsten des Angeklagten	2131
§ 340 Revision gegen Berufungsurteile bei Vertretung des Angeklagten	2133
§ 341 Form und Frist	2136
§ 342 Revision und Wiedereinsetzungsantrag	2149
§ 343 Hemmung der Rechtskraft	2151
§ 344 Revisionsbegründung	2153
§ 345 Revisionsbegründungsfrist	2180
§ 346 Verspätete und formwidrige Einlegung	2194
§ 347 Zustellung; Gegenerklärung; Vorlage der Akten an das Revisionsgericht	2202
§ 348 Unzuständigkeit des Gerichts	2207
§ 349 Entscheidung ohne Hauptverhandlung durch Beschluss	2209
§ 350 Revisionshauptverhandlung	2224
§ 351 Gang der Revisionshauptverhandlung	2233
§ 352 Umfang der Urteilsprüfung	2236
§ 353 Aufhebung des Urteils und der Feststellungen	2239
§ 354 Eigene Entscheidung in der Sache; Zurückverweisung	2257
§ 354a Entscheidung bei Gesetzesänderung	2290
§ 355 Verweisung an das zuständige Gericht	2292
§ 356 Urteilsverkündung	2293
§ 356a Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör bei einer Revisionsentscheidung	2294
§ 357 Revisionserstreckung auf Mitverurteilte	2306
§ 358 Bindung des Tatgerichts; Verbot der Schlechterstellung	2312

Viertes Buch. Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens

§ 359 Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten	2322
§ 360 Keine Hemmung der Vollstreckung	2334
§ 361 Wiederaufnahme nach Vollstreckung oder Tod des Verurteilten	2335
§ 362 Wiederaufnahme zuungunsten des Verurteilten	2336
§ 363 Unzulässigkeit	2340
§ 364 Behauptung einer Straftat	2342
§ 364a Bestellung eines Verteidigers für das Wiederaufnahmeverfahren	2343
§ 364b für die Vorbereitung des Wiederaufnahmeverfahrens	2345
§ 365 Geltung der allgemeinen Vorschriften über Rechtsmittel für den Antrag	2347
§ 366 Inhalt und Form des Antrages	2349
§ 367 Zuständigkeit des Gerichts; Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	2351

	Seite
§ 368 Verwerfung wegen Unzulässigkeit	2352
§ 369 Beweisaufnahme	2356
§ 370 Entscheidung über die Begründetheit	2359
§ 371 Freisprechung ohne erneute Hauptverhandlung	2362
§ 372 Sofortige Beschwerde	2364
§ 373 Urteil nach erneuter Hauptverhandlung; Verbot der Schlechterstellung	2365
§ 373a Verfahren bei Strafbefehl	2367

Fünftes Buch. Beteiligung des Verletzten am Verfahren

Erster Abschnitt. Definition

§ 373b Begriff des Verletzten	2369
-------------------------------------	------

Zweiter Abschnitt. Privatklage

§ 374 Zulässigkeit; Privatklageberechtigte	2378
§ 375 Mehrere Privatklageberechtigte	2383
§ 376 Anklageerhebung bei Privatklagedelikten	2384
§ 377 Beteiligung der Staatsanwaltschaft; Übernahme der Verfolgung	2387
§ 378 Beistand und Vertreter des Privatklägers	2388
§ 379 Sicherheitsleistung; Prozesskostenhilfe	2389
§ 379a Gebührenvorschuss	2391
§ 380 Erfolgreicher Sühneversuch als Zulässigkeitsvoraussetzung	2394
§ 381 Erhebung der Privatklage	2396
§ 382 Mitteilung der Privatklage an den Beschuldigten	2397
§ 383 Eröffnungs- oder Zurückweisungsbeschluss; Einstellung bei geringer Schuld	2398
§ 384 Weiteres Verfahren	2401
§ 385 Stellung des Privatklägers; Ladung; Akteneinsicht	2403
§ 386 Ladung von Zeugen und Sachverständigen	2405
§ 387 Vertretung in der Hauptverhandlung	2406
§ 388 Widerklage	2407
§ 389 Einstellung durch Urteil bei Verdacht eines Officialdelikts	2409
§ 390 Rechtsmittel des Privatklägers	2410
§ 391 Rücknahme der Privatklage; Verwerfung bei Versäumung; Wiedereinsetzung	2412
§ 392 Wirkung der Rücknahme	2415
§ 393 Tod des Privatklägers	2415
§ 394 Bekanntmachung an den Beschuldigten	2416

Dritter Abschnitt. Nebenklage

§ 395 Befugnis zum Anschluss als Nebenkläger	2417
§ 396 Anschlussklärung; Entscheidung über die Befugnis zum Anschluss	2432
§ 397 Verfahrensrechte des Nebenklägers	2437
§ 397a Bestellung eines Beistands; Prozesskostenhilfe	2440
§ 397b Gemeinschaftliche Nebenklagevertretung	2452
§ 398 Fortgang des Verfahrens bei Anschluss	2459
§ 399 Bekanntmachung und Anfechtbarkeit früherer Entscheidungen	2460
§ 400 Rechtsmittelbefugnis des Nebenklägers	2461
§ 401 Einlegung eines Rechtsmittels durch den Nebenkläger	2464
§ 402 Widerruf der Anschlussklärung; Tod des Nebenklägers	2466

Vierter Abschnitt. Adhäsionsverfahren

§ 403 Geltendmachung eines Anspruchs im Adhäsionsverfahren	2467
§ 404 Antrag; Prozesskostenhilfe	2470
§ 405 Vergleich	2472
§ 406 Entscheidung über den Antrag im Strafurteil; Absehen von einer Entscheidung ..	2473
§ 406a Rechtsmittel	2475
§ 406b Vollstreckung	2476
§ 406c Wiederaufnahme des Verfahrens	2477

Fünfter Abschnitt. Sonstige Befugnisse des Verletzten

§ 406d Auskunft über den Stand des Verfahrens	2477
---	------

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 406e Akteneinsicht	2484
§ 406f Verletztenbeistand	2492
§ 406g Psychosoziale Prozessbegleitung	2494
§ 406h Beistand des nebenklageberechtigten Verletzten	2500
§ 406i Unterrichtung des Verletzten über seine Befugnisse im Strafverfahren	2505
§ 406j Unterrichtung des Verletzten über seine Befugnisse außerhalb des Strafverfahrens	2509
§ 406k Weitere Informationen	2512
§ 406l Befugnisse von Angehörigen und Erben von Verletzten	2513

Sechstes Buch. Besondere Arten des Verfahrens

Erster Abschnitt. Verfahren bei Strafbefehlen

§ 407 Zulässigkeit	2514
§ 408 Richterliche Entscheidung über einen Strafbefehlsantrag	2523
§ 408a Strafbefehlsantrag nach Eröffnung des Hauptverfahrens	2527
§ 408b Bestellung eines Verteidigers bei beantragter Freiheitsstrafe	2530
§ 409 Inhalt des Strafbefehls	2532
§ 410 Einspruch; Form und Frist des Einspruchs; Rechtskraft	2536
§ 411 Verwerfung wegen Unzulässigkeit; Termin zur Hauptverhandlung	2539
§ 412 Ausbleiben des Angeklagten; Einspruchsverwerfung	2543

Zweiter Abschnitt. Sicherungsverfahren

§ 413 Zulässigkeit	2546
§ 414 Verfahren; Antragsschrift	2548
§ 415 Hauptverhandlung ohne Beschuldigten	2551
§ 416 Übergang in das Strafverfahren	2552

Abschnitt 2a. Beschleunigtes Verfahren

§ 417 Zulässigkeit	2554
§ 418 Durchführung der Hauptverhandlung	2557
§ 419 Entscheidung des Gerichts; Strafmaß	2560
§ 420 Beweisaufnahme	2562

Dritter Abschnitt. Verfahren bei Einziehung und Vermögensbeschlagnahme

§ 421 Absehen von der Einziehung	2564
§ 422 Abtrennung der Einziehung	2569
§ 423 Einziehung nach Abtrennung	2570
§ 424 Einziehungsbeteiligte am Strafverfahren	2572
§ 425 Absehen von der Verfahrensbeteiligung	2576
§ 426 Anhörung von möglichen Einziehungsbeteiligten im vorbereitenden Verfahren	2577
§ 427 Befugnisse des Einziehungsbeteiligten im Hauptverfahren	2578
§ 428 Vertretung des Einziehungsbeteiligten	2580
§ 429 Terminsnachricht an den Einziehungsbeteiligten	2582
§ 430 Stellung in der Hauptverhandlung	2583
§ 431 Rechtsmittelverfahren	2585
§ 432 Einziehung durch Strafbefehl	2587
§ 433 Nachverfahren	2589
§ 434 Entscheidung im Nachverfahren	2592
§ 435 Selbständiges Einziehungsverfahren	2593
§ 436 Entscheidung im selbständigen Einziehungsverfahren	2598
§ 437 Besondere Regelungen für das selbständige Einziehungsverfahren	2600
§ 438 Nebenbetroffene am Strafverfahren	2603
§ 439 Der Einziehung gleichstehende Rechtsfolgen	2607
§ 440 aufgehoben	2607
§ 441 aufgehoben	2607
§ 442 aufgehoben	2607
§ 443 Vermögensbeschlagnahme	2607

Vierter Abschnitt. Verfahren bei Festsetzung von Geldbußen gegen juristische Personen und Personenvereinigungen

§ 444	Verfahren	2609
§§ 445 bis 448	(weggefallen)	2613

Siebentes Buch. Strafvollstreckung und Kosten des Verfahrens

Erster Abschnitt. Strafvollstreckung

§ 449	Vollstreckbarkeit	2614
§ 450	Anrechnung von Untersuchungshaft und Führerscheinentziehung	2616
§ 450a	Anrechnung einer im Ausland erlittenen Freiheitsentziehung	2618
§ 451	Vollstreckungsbehörde	2619
§ 452	Begnadigungsrecht	2622
§ 453	Nachträgliche Entscheidung über Strafaussetzung zur Bewährung oder Verwarnung mit Strafvorbehalt	2623
§ 453a	Belehrung bei Strafaussetzung oder Verwarnung mit Strafvorbehalt	2627
§ 453b	Bewährungsüberwachung	2628
§ 453c	Vorläufige Maßnahmen vor Widerruf der Aussetzung	2629
§ 454	Aussetzung des Restes einer Freiheitsstrafe zur Bewährung	2631
§ 454a	Beginn der Bewährungszeit; Aufhebung der Aussetzung des Strafestes	2638
§ 454b	Vollstreckungsreihenfolge bei Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen; Unterbrechung	2640
§ 455	Strafausstand wegen Vollzugsuntauglichkeit	2644
§ 455a	Strafausstand aus Gründen der Vollzugsorganisation	2647
§ 456	Vorübergehender Aufschub	2648
§ 456a	Absehen von Vollstreckung bei Auslieferung, Überstellung oder Ausweisung	2650
§ 456b	(weggefallen)	2653
§ 456c	Aufschub und Aussetzung des Berufsverbotes	2654
§ 457	Ermittlungshandlungen; Vorführungsbefehl, Vollstreckungshaftbefehl	2655
§ 458	Gerichtliche Entscheidungen bei Strafvollstreckung	2657
§ 459	Vollstreckung der Geldstrafe; Anwendung des Justizbeitreibungsgesetzes	2659
§ 459a	Bewilligung von Zahlungserleichterungen	2660
§ 459b	Anrechnung von Teilbeträgen	2662
§ 459c	Beitreibung der Geldstrafe	2663
§ 459d	Unterbleiben der Vollstreckung einer Geldstrafe	2665
§ 459e	Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe	2666
§ 459f	Unterbleiben der Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe	2669
§ 459g	Vollstreckung von Nebenfolgen	2670
§ 459h	Entschädigung	2679
§ 459i	Mitteilungen	2685
§ 459j	Verfahren bei Rückübertragung und Herausgabe	2689
§ 459k	Verfahren bei Auskehrung des Verwertungserlöses	2694
§ 459l	Ansprüche des Betroffenen	2695
§ 459m	Entschädigung in sonstigen Fällen	2697
§ 459n	Zahlungen auf Wertersatzentziehung	2700
§ 459o	Einwendungen gegen vollstreckungsrechtliche Entscheidungen	2700
§ 460	Nachträgliche Gesamtstrafenbildung	2701
§ 461	Anrechnung des Aufenthalts in einem Krankenhaus	2704
§ 462	Verfahren bei gerichtlichen Entscheidungen; sofortige Beschwerde	2706
§ 462a	Zuständigkeit der Strafvollstreckungskammer und des erstinstanzlichen Gerichts	2707
§ 463	Vollstreckung von Maßregeln der Besserung und Sicherung	2714
§ 463a	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsstellen	2720
§ 463b	Beschlagnahme von Führerscheinen	2723
§ 463c	Öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung	2725
§ 463d	Gerichtshilfe	2726
§ 463e	Mündliche Anhörung im Wege der Bild- und Tonübertragung	2728

Zweiter Abschnitt. Kosten des Verfahrens

§ 464	Kosten- und Auslagenentscheidung; sofortige Beschwerde	2732
§ 464a	Kosten des Verfahrens; notwendige Auslagen	2736

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 464b Kostenfestsetzung	2742
§ 464c Kosten bei Bestellung eines Dolmetschers oder Übersetzers für den Angeschuldigten	2743
§ 464d Verteilung der Auslagen nach Bruchteilen	2744
§ 465 Kostentragungspflicht des Verurteilten	2744
§ 466 Haftung Mitverurteilter für Auslagen als Gesamtschuldner	2747
§ 467 Kosten und notwendige Auslagen bei Freispruch, Nichteröffnung und Einstellung	2747
§ 467a Auslagen der Staatskasse bei Einstellung nach Anklagerücknahme	2751
§ 468 Kosten bei Straffreierklärung	2751
§ 469 Kostentragungspflicht des Anzeigenden bei leichtfertiger oder vorsätzlicher Erstattung einer unwahren Anzeige	2752
§ 470 Kosten bei Zurücknahme des Strafantrags	2752
§ 471 Kosten bei Privatklage	2753
§ 472 Notwendige Auslagen des Nebenklägers	2755
§ 472a Kosten und notwendige Auslagen bei Adhäsionsverfahren	2759
§ 472b Kosten und notwendige Auslagen bei Nebenbeteiligung	2761
§ 473 Kosten bei zurückgenommenem oder erfolglosem Rechtsmittel; Kosten der Wiedereinsetzung	2761
§ 473a Kosten und notwendige Auslagen bei gesonderter Entscheidung über die Rechtmäßigkeit einer Ermittlungsmaßnahme	2767

Achtes Buch. Schutz und Verwendung von Daten

Erster Abschnitt. Erteilung von Auskünften und Akteneinsicht, sonstige Verwendung von Daten für verfahrensübergreifende Zwecke

§ 474 Auskünfte und Akteneinsicht für Justizbehörden und andere öffentliche Stellen ...	2768
§ 475 Auskünfte und Akteneinsicht für Privatpersonen und sonstige Stellen	2777
§ 476 Auskünfte und Akteneinsicht zu Forschungszwecken	2783
§ 477 Datenübermittlung von Amts wegen	2788
§ 478 Form der Datenübermittlung	2789
§ 479 Übermittlungsverbote und Verwendungsbeschränkungen	2789
§ 480 Entscheidung über die Datenübermittlung	2796
§ 481 Verwendung personenbezogener Daten für polizeiliche Zwecke	2800
§ 482 Mitteilung des Aktenzeichens und des Verfahrensausgangs an die Polizei	2802

Zweiter Abschnitt. Regelungen über die Datenverarbeitung

§ 483 Datenverarbeitung für Zwecke des Strafverfahrens	2803
§ 484 Datenverarbeitung für Zwecke künftiger Strafverfahren; Verordnungsermächtigung	2806
§ 485 Datenverarbeitung für Zwecke der Vorgangsverwaltung	2808
§ 486 Gemeinsame Dateisysteme	2810
§ 487 Übermittlung gespeicherter Daten; Auskunft	2810
§ 488 Automatisierte Verfahren für Datenübermittlungen	2813
§ 489 Löschung und Einschränkung der Verarbeitung von Daten	2815
§ 490 Errichtungsanordnung für automatisierte Dateisysteme	2819
§ 491 Auskunft an betroffene Personen	2820

Dritter Abschnitt. Länderübergreifendes staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister

§ 492 Zentrales staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister	2822
§ 493 Automatisiertes Verfahren für Datenübermittlungen	2825
§ 494 Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung von Daten; Verordnungsermächtigung	2826
§ 495 Auskunft an betroffene Personen	2828

Vierter Abschnitt. Schutz personenbezogener Daten in einer elektronischen Akte; Verwendung personenbezogener Daten aus elektronischen Akten

§ 496 Verwendung personenbezogener Daten in einer elektronischen Akte	2828
§ 497 Datenverarbeitung im Auftrag	2831

	Seite
§ 498 Verwendung personenbezogener Daten aus elektronischen Akten	2832
§ 499 Löschung elektronischer Aktenkopien	2833

Fünfter Abschnitt. Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes

§ 500 Entsprechende Anwendung	2834
-------------------------------------	------

Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung (EGStPO) (in Auszügen kommentiert)

§ 12 Übergangsregelung zum Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten	2836
§ 13 Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Novellierung des Rechts der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus gemäß § 63 des Strafgesetzbuches und zur Änderung anderer Vorschriften	2838
§ 14 Übergangsregelung zum Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	2839
§ 15 Übergangsregelung zum Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs; Verordnungsermächtigung	2840
§ 16 Übergangsregelung zum Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens	2840
§ 17 Übergangsregelung zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 im Strafverfahren sowie zur Anpassung datenschutzrechtlicher Bestimmungen an die Verordnung (EU) 2016/679 und zu § 76 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30. Juni 2017	2841
§ 18 Übergangsregelung zum Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität	2842

Jugendgerichtsgesetz (JGG) (in Auszügen kommentiert)

§ 1 Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	2844
§ 2 Ziel des Jugendstrafrechts; Anwendung des allgemeinen Strafrechts	2845
§ 33 Jugendgerichte	2847
§ 33a Besetzung des Jugenderschöffengerichts	2849
§ 33b Besetzung der Jugendkammer	2850
§ 34 Aufgaben des Jugendrichters	2852
§ 35 Jugenderschöffen	2853
§ 36 Jugendstaatsanwalt	2855
§ 37 Auswahl der Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte	2857
§ 37a Zusammenarbeit in gemeinsamen Gremien	2858
§ 38 Jugendgerichtshilfe	2859
§ 39 Sachliche Zuständigkeit des Jugendrichters	2862
§ 40 Sachliche Zuständigkeit des Jugenderschöffengerichts	2863
§ 41 Sachliche Zuständigkeit der Jugendkammer	2864
§ 42 Örtliche Zuständigkeit	2865
§ 47 Einstellung des Verfahrens durch den Richter	2868
§ 47a Vorrang der Jugendgerichte	2869
§ 48 Nichtöffentlichkeit	2870
§ 67 Stellung der Erziehungsberechtigten und der gesetzlichen Vertreter	2872
§ 67a Unterrichtung der Erziehungsberechtigten und der gesetzlichen Vertreter	2875
§ 68 Notwendige Verteidigung	2878
§ 69 Beistand	2879
§ 70 Mitteilungen an amtliche Stellen	2880
§ 71 Vorläufige Anordnungen über die Erziehung	2881
§ 72 Untersuchungshaft	2883
§ 72a Heranziehung der Jugendgerichtshilfe in Haftsachen	2885
§ 72b Verkehr mit Vertretern der Jugendgerichtshilfe, dem Betreuungshelfer und dem Erziehungsbeistand	2886
§ 73 Unterbringung zur Beobachtung	2887
§ 74 Kosten und Auslagen	2888
§ 76 Voraussetzungen des vereinfachten Jugendverfahrens	2890

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 77 Ablehnung des Antrags	2891
§ 78 Verfahren und Entscheidung	2892
§ 79 Strafbefehl und beschleunigtes Verfahren	2893
§ 80 Privatklage und Nebenklage	2893
§ 81 Adhäsionsverfahren	2896
§ 81a Verfahren und Entscheidung	2897
§ 102 Zuständigkeit	2898
§ 103 Verbindung mehrerer Strafsachen	2898
§ 104 Verfahren gegen Jugendliche	2900
§ 105 Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende	2901
§ 107 Gerichtsverfassung	2903
§ 108 Zuständigkeit	2904
§ 109 Verfahren	2905

Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)

§ 1 Entschädigung für Urteilsfolgen	2907
§ 2 Entschädigung für andere Strafverfolgungsmaßnahmen	2909
§ 3 Entschädigung bei Einstellung nach Ermessensvorschrift	2913
§ 4 Entschädigung nach Billigkeit	2914
§ 5 Ausschuß der Entschädigung	2915
§ 6 Versagung der Entschädigung	2921
§ 7 Umfang des Entschädigungsanspruchs	2923
§ 8 Entscheidung des Strafgerichts	2927
§ 9 Verfahren nach Einstellung durch die Staatsanwaltschaft	2932
§ 10 Anmeldung des Anspruchs; Frist	2933
§ 11 Ersatzanspruch des kraft Gesetzes Unterhaltsberechtigten	2935
§ 12 Ausschuß der Geltendmachung der Entschädigung	2936
§ 13 Rechtsweg; Beschränkung der Übertragbarkeit	2937
§ 14 Nachträgliche Strafverfolgung	2938
§ 15 Ersatzpflichtige Kasse	2939
§ 16 Übergangsvorschriften	2940
§ 16a Entschädigung für die Folgen einer rechtskräftigen Verurteilung, einer freiheitsentziehenden oder anderen vorläufigen Strafverfolgungsmaßnahme in der Deutschen Demokratischen Republik	2940
§§ 17 bis 21 aufgehoben	2941

Gesetz zur Therapieunterbringung und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (ThUG)

§ 1 Therapieunterbringung	2942
§ 2 Geeignete geschlossene Einrichtungen	2952
§ 3 Gerichtliches Verfahren	2953
§ 4 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Besetzung des Spruchkörpers	2953
§ 5 Einleitung des gerichtlichen Verfahrens	2954
§ 6 Beteiligte	2955
§ 7 Beordnung eines Rechtsanwalts	2956
§ 8 Anhörung des Betroffenen und der sonstigen Beteiligten	2957
§ 9 Einholung von Gutachten	2958
§ 10 Entscheidung; Beschlussformel	2959
§ 11 Zuführung und Vollzug der Therapieunterbringung; Ruhen der Führungsaufsicht	2960
§ 12 Dauer und Verlängerung der Therapieunterbringung	2960
§ 13 Aufhebung der Therapieunterbringung	2961
§ 14 Einstweilige Anordnung	2962
§ 15 Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	2963
§ 16 Beschwerde; Beschwerdefrist	2964
§ 17 Ausschluss der Rechtsbeschwerde und der Sprungrechtsbeschwerde	2964
§ 18 Divergenzvorlage	2965
§ 19 Gerichtskosten	2965
§ 20 Vergütung des Rechtsanwalts	2965
§ 21 Einschränkung von Grundrechten	2966

Formulare Allgemeines

Ladung § 133 StPO	2967
Vorführungsbefehl nach § 133 StPO	2967
Vorführungsbefehl nach § 134 Abs. 1 StPO	2968
Beschuldigtenvernehmung	2968
Protokoll der Beschuldigtenvernehmung nach § 136 StPO	2969
Sicherungshaftebefehl	2969
StA-Verfügung Strafbefehl	2970
Strafbefehl § 408a StPO	2971
Strafbefehl § 409 StPO	2972
Zeugenvernehmung	2973
Beordnung Zeugenbeistand nach § 68b StPO	2974
Belehrung Strafaussetzung	2974
Beerdigungsschein § 159 Abs. 2 StPO	2975
Einstellungsverfügung	2975

Beschlagnahme

Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss	2977
Einmalige Beschlagnahme des E-Mail-Bestandes beim Provider nach §§ 94 StPO ff.	2978
Beschlagnahme von E-Mails für einen künftigen Zeitraum	2978
Überwachung und Beschlagnahme von Internet-Kommunikation in Sozialen Netzwerken (Facebook ua)	2979
Beschlagnahmebeschluss bei Dritten	2981
Bankauskundschaften	2982

Überwachungsmaßnahmen

Telekommunikationsüberwachung nach § 100a StPO (Festnetz)	2984
Muster für einen Antrag nach § 101 Abs. 7 (in entsprechender Anwendung nach § 98 Abs. 2)	2984
Überwachung eines Mobilfunkanschlusses inklusive Verkehrs- und Standortdaten nach §§ 100a, 100g StPO	2985
Erhebung (nur) von Verkehrs- und Standort-Daten	2987
Akustische Überwachung außerhalb von Wohnraum nach § 100f StPO	2988
Wohnraumüberwachung nach § 100c StPO	2989
Quellen-TKÜ	2990
Überwachung von Internet-Kommunikation (Instant Messaging/Chat/Soziale Netzwerke ua) incl. Vorratsdaten	2991
Technische Maßnahmen gemäß § 100h Abs. 1 S 1 Nr. 2 StPO	2993
Anordnung IMSI-Catcher nach § 100i StPO	2994
Benachrichtigung nach Überwachungsmaßnahmen gemäß § 101 StPO	2994
Observation nach § 163f StPO	2995
Auskunftserteilung über Telekommunikationsverbindung in Funkzellen	2995
Längerfristige Observation und Verwendung bestimmter technischer Mittel (§ 100h StPO)	2997
Überwachung des Telekommunikationsanschlusses mit Mitteilung der Positionsmeldungen (§ 100a StPO)	2998
IMSI-Catcher (§ 100i StPO)	2999
Längerfristige Observation, Einsatz techn. Mittel (§§ 163f, 100h StPO)	3001
Funkzellenabfrage beim Provider	3002

Sonstige Eingriffs- und Zwangsmaßnahmen

Beschluss körperliche Untersuchung	3004
Beschluss körperliche Untersuchung Zwang	3004
Beschluss körperliche Untersuchung Zeuge	3005
Beschluss DNA	3006
Beschluss § 81g StPO	3007
Ordnungsgeldbeschluss nach § 70 Abs. 1 StPO	3008

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Beugehaftbeschluss nach § 70 Abs. 2 StPO	3008
Vermögenssicherung	
Arrestbeschluss	3009
Pfändungsbeschluss	3009
Geschädigtenanschriften	3011
Beschluss nach § 111g StPO	3012
Aufhebung Pfändungsbeschluss	3012
Beschwerde	
Einstellungsbeschwerde gemäß § 172 Abs. 1 StPO	3014
Verwerfung einer sofortigen Beschwerde durch das Landgericht (Rechtsmittel verspätet eingelegt und damit unzulässig)	3014
Verwerfung einer sofortigen Beschwerde durch das Landgericht (Rechtsmittel zulässig, aber unbegründet)	3015
Entscheidung über eine zulässige und begründete (sofortige) Beschwerde (Stattgabe)	3015
Kostenentscheidung nach Beschwerderücknahme	3016
Beschwerdevorlage	3016
Zwischenverfahren	
Einstellung nach § 206a StPO	3017
Einstellung nach § 205 StPO	3017
Pflichtverteidigerbeordnung	3017
Eröffnungsbeschluss	3018
Hauptverfahren	
Sicherungsverfügung	3019
Übersicht Hauptverhandlung	3022
Hauptverhandlungsprotokoll	3024
Antrag auf Nichtverlesung der Anklage	3026
Ablehnung Nichtverlesungsantrag Anklage	3026
Besetzungseinwand	3027
Zurückweisung Besetzungseinwand nach § 222b StPO	3027
Befangenheitsantrag	3027
Verwerfung Befangenheitsantrag	3028
Beweisantrag	3028
Ablehnung Beweisantrag	3028
Zurückweisung von Fragen	3029
Ordnungsmittelbeschluss	3030
Belehrung/Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen	3030
Bewährungsbeschluss nach § 268a StPO	3031
Sachverzeichnis	3033